

Sechs Thesen, vier Mythen, zwei Wege, ein Ziel?

Zur Geschichte der radikalen Linken in der BRD gehört seit Anfang der 70er Jahre die Existenz bewaffneter Gruppen. Bis in die 80er Jahre kamen speziell von der RZ immer wieder nicht nur praktische Signale des Weiterkämpfens in schwierigen Zeiten, sondern auch wichtige Diskussionsbeiträge. Gleichzeitig gab es aber von Anfang an durch die unpolitische Art der Auseinandersetzung mit diesen Gruppen und ihre fortschreitende Isolierung einen gewissen Zwang für alle Linksradiakalen, diese Gruppen zu verteidigen. Eine Diskussion über Fehler und falsche Entwicklungen war kaum möglich, entweder man war dafür oder dagegen. Unsere Versuche, in der Wildcat die Debatte öffentlich zu führen (das letzte Beispiel "Arbeitermacht und bewaffneter Kampf" Wildcat 56) blieben immer schnell stecken. Zum Teil, weil gerade Leute aus der Raf sich kategorisch weigerten, sich zu äußern; vor allem aber, weil wir an uns dabei immer den Anspruch hatten, "nach vorne" zu diskutieren – und ihn nicht einlösen konnten.

Seit über einem Jahr häufen sich nun Interviews, Papiere und Stellungnahmen: Die Raf äußerte sich im Pohl-Interview mit der FR zu "ihren DDR-Aussteigern" und ihren Kontakten zur Stasi. Aus dem Bereich der RZ kamen Papiere, die Anschläge der eigenen "Firma" scharf kritisierten, ein Papier, das die Ermordung von Gerd Albartus als Anlaß zur Distanzierung von antiimperialistischen Vorstellungen nahm, ein weiteres Papier, das die Selbstauflösung einer revolutionären Zelle verkündete, nun kam auch

von der Raf die Ankündigung, den bewaffneten Kampf einstellen zu wollen. Während die RZ-Papiere (trotz inhaltlicher Schwächen) eine politische Diskussion (neu beginnen) wollen, setzt die Raf selbst in ihrer Absage-Erklärung ihren seit Stockholm mit dem Staat begonnenen Exklusiv-Dialog fort.

Die folgenden Thesen haben nicht den Anspruch, die "Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD" abzuhandeln. Sie streichen erst mal ein paar Sachen raus, die uns an den verschiedenen Beiträgen wichtig erscheinen. Wir möchten damit einen Beitrag dazu leisten, daß eine politische Diskussion zustande kommt und nicht wieder ganz schnell alles unter den Teppich gekehrt wird oder in einem diffusen Nebel von Taktik und Verleugnen verschwindet. Deshalb hier auch nochmal die Aufforderung an alle "Betreffenden", sich zu äußern, wir werden auch zugeschickte Diskussionsbeiträge veröffentlichen.

1) Mythos 1: Der Antiimperialismus oder: Zusammenarbeit mit Geheimdiensten.

Erstaunlich ist auf seiten der Raf die lapidare Umgehungsweise mit der eigenen Verstricktheit in Geheimdienstgeschichten. Kein Wort der Selbstkritik – es wird höchstens darauf verwiesen, daß es für eine Guerilla ohne Hinterland eben notwendig war. Daß diese Zusammenarbeit möglicherweise von der Stasi dazu benutzt wurde, die Raf Anfang der 80er operativ auszu-

knipsen, wird mit der Versicherung verdrängt, man sei jederzeit autonom geblieben. Aufgrund des ja wohl sehr eindeutigen Gefalles in dem Kräfteverhältnis Stasi und Guerillagruppen kann wohl ab einem gewissen Zeitpunkt in der Geschichte nicht mehr von der so hochgelobten selbstbestimmten Politik die Rede sein.

Die deutschen Guerilla-Gruppen haben von Beginn an Kontakte zum palästinensischen Widerstand gehabt (Ausbildung, Zusammenarbeit, Flugzeugführungen). Es ist (zumindest inzwischen) bekannt, daß viele politischen Gruppen in Palästina von Geheimdiensten der verschiedensten Länder durchsetzt und gesteuert sind. Schon mit dem wenigen, was bisher öffentlich wurde, ergibt sich, daß Guerilla-Gruppen zwischen diverse Fronten und Interessen europäischer Staaten und Nah-Ostgeheimdiensten geraten sind (Verflechtungen von Action directe mit dem syrischen Geheimdienst; Ultimaten, mit denen Carlos auf die Inhaftigung von Leuten aus dem hessischen Untergrund in Frankreich reagierte; Sprengstofftransporte von Weinrich via Ostberlin zwecks Anschlag auf das "Maison francaise"). Nach all dem dürften auch Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst einige Kenntnis von gewissen Verbindungen gehabt haben, sie wären Oberdilletanten, wenn sie von allem nichts gewußt haben sollten.

Die deutschen Guerillagruppen haben darüber hinweggesehen, welche innerorganisatorischen Gepflogenheiten bei ihren palästinensischen Verbündeten herrschten (Hierarchien, Verhältnis Frauen-Männer, Umgang mit Abwechslern bzw. ihre Gleichsetzung mit "Verrätern", es war auch bekannt, daß diese Organisationen interne Knäste unterhielten usw.) Der Aufbau eines organisationsinternen Geheimdienstes und eines Knastsystems hat in den seltensten Fällen "Sicherheitsbedürfnissen" gedient, sondern meistens der Durchsetzung der Führer gegen die Basis, der Ausschaltung, Einkerkung und Ermordung aufmüpfiger "Gefolgsleute"!

Das alles war aber schon lange bekannt. Zur Erschießung von Schmücker hatte beispielsweise Brückner ein Buch gemacht, H.J. Klein, der selber bei der OPEC-Aktion dabei gewesen war, hatte in einem Buch seinen Ausstieg aus der RZ haupt-



sächlich mit solchen Geheimdienstverwicklungen begründet ... Aber die Guerillagruppen hatten solche kritischen Stimmen immer in die Nähe von Verrat gerückt, solche Kritik tabuisiert. Angesichts dieses jahrzehntelangen Verdrängens kriegt man bei den aktuellen selbstkritischen Erklärungen oft den Eindruck, daß da Dämme brechen. Die RZ, die damals Entebbe und HJ Kleins Ausstieg mit der martialischen Parole »Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter« abgetan haben, erklären nun in ihrem Pa-



pier zu Gerd Albartus Ermordung »durch eine palästinensische Gruppe« mit den gleichen Geschichten das Scheitern ihrer antiimperialistischen Politik.*

Die Revolutionäre Zelle legt hohe Erwartungen in die Auseinandersetzung (»Welle von Reaktionen«), die sie mit ihrer Erklärung auslösen will: »Sie wird sich mit dem Zusammenhang von Politik und Moral, dem Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und dem Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror zu befassen haben.« Aber ihr Wille, zunächst mal die eigene Geschichte aufzuarbeiten, bleibt sehr schwach, was mit oberflächlichen Argumenten begründet wird: »Unser Wissen über die Gruppe wie über Gerd's Verhältnis zu ihr ist begrenzt. Die Verbindungen gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlußstrich gezogen hatten. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort geändert haben, überschauen wir nicht.« Zu solchen Oberflächlichkeiten steht der *hammerharte* Schlußstrich unter die antiimperialistische Perspektive der frühen RZ in

krassem Gegensatz: »Was ... als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht ... Was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu. Wir mußten uns entscheiden.«

Weil sie nicht zu den inhaltlichen Punkten vorstoßen, landen sie dabei, »den palästinensischen Widerstand« allgemein anzuschwärzen, die Ermordung von Gerd Albartus durch die palästinensische Gruppe, mit der er zusammenarbeitete, wird beinahe zu einer Frage von unterschiedlichem Naturell (»daß hier Maßstäbe aufeinanderprallen, die zweierlei Welten entstammen« und weiter unten »daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt«).



Das Papier bleibt weit hinter dem zurück, was in den 80er Jahren als »neuer Internationalismus« diskutiert und praktiziert wurde: die Möglichkeit der weltweiten Befreiung macht sich nicht an »Bruderorganisationen«, Bündnispolitik und Machtspielchen fest, sondern an den weltweiten Ansätzen zu selbstorganisierten Kämpfen.

In Wirklichkeit ist es auch gar keine Auseinandersetzung mit aktuellen Vorstellungen von weltweitem Klassenkampf, sondern ein Sich-Abarbeiten an der eigenen Geschichte. Ersetze überall »palästinensischer Widerstand« durch »antiimperialistische bewaffnete Gruppen in der BRD«: Dann ist es ein wichtiges Papier, das zum erstenmal mit dem Tabu des gläubigen Antiimperialismus bricht, das zum ersten Mal die militärische Ebene mit ihrer hierarchischen Logik problematisiert. Aber die Selbstkritik bleibt auf halben Weg stehen – sie muß erstmal zuende geführt werden. Sie muß dann auch die Ansätze zu einem »neuen Antiimperialismus« einbeziehen. Und schließlich muß Tacheles geredet werden, wie der Bezug auf die hiesigen Sozialprozesse aussehen kann. Hier bleiben sie völlig schwammig: »Wer unsere Praxis in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß wie diese Entscheidung ausgefallen ist.«

Was ihre Konsequenzen waren, können wir nur erraten bzw. interpretieren.

2) Krise des Bewaffneten Widerstandes

Die Politik der RZ in den 70er bestand sowohl aus internationalistischen Aktionen z.B. Chile, aus Aktionen zu sozialen Konflikten z.B. Anschlag Kaußen (Kölner Miethai), sowie Themen der damals beginnenden Frauenbewegung (Anschlag auf das Bundesverfassungsgericht), Anschläge auf BDI, BDA und IHK. Nach Entebbe 1976 trat eine Pause ein. Seit Beginn der 80er Jahre versuchten die RZ sich stärker auf soziale Widersprüche zu beziehen, was in der Regel über den Transmissionsriemen der Linksradiكالen in den Teilbereichsbewegungen versucht wurde: Startbahn, Friedensbewegung, Gen- und Reproduktionstechnologie und die Flüchtlingsfrage, sogar die 35-Std-Woche. Zumindest in der Anti-Akw-Bewegung, der Häuserkampf- und vor allem an der Startbahn West schien das Konzept auch aufzugehen. Die Papiere »Krise, Krieg und Friedensbewegung und Startbahn-West« (Rev. Zorn 81) wurden in diesen Bewegungen breit diskutiert. Es gelang ihnen »die Herze und Köpfe« der Bewegungsaktivisten zu erobern. Eine zweite Schiene war das Thematisieren der »Flüchtlingsfrage«. Hiermit wollten sie zu einem »neuen Ansatz von Antiimperialismus der radikalen Linken beitragen«. Antiimperialismus sei mehr als Solidarität mit den Befreiungsbewegungen: »Unsere Aufgabe ist es, eine imperialistische Politik auf die Klassenfront hier und auf die Rückwirkungen in diesem Land zu beziehen ... So wie die Flüchtlingsbewegungen die Grenzen zwischen dritter und erster Welt überschreiten, muß heute der antiimperiali-



stische Kampf auf die Metropolen zurückbezogen werden«. (Revolutionärer Zorn extra Oktober 1986).

Durch Kampagnen gegen die Einschränkung der Aufenthaltsbedingungen und Lebensverhältnisse der Flüchtlinge, Netze zur Verteidigung von Flüchtlingen, Aktionen gegen Zwangsprostitution und Frauenhandel, Kampagnen gegen Zwangsarbeit und Niedriglohn, Unterstützung illegaler Strukturen von Flüchtlingen, Aktionen gegen Razzien der Ausländerbullen sollte ein faktisches Aufenthaltsrecht durchgesetzt werden.

In der Kampagne der Roten Zora gegen

* Gerd Albartus wurde im Januar '77 festgenommen beim Versuch, ein Kino in Brand zu stecken, in dem der Propagandafilm »Unternehmen Entebbe« lief. Aus der Erklärung zum versuchten Anschlag auf das Kino: »Wir haben heute in mehreren westdeutschen Kinos, die den Film 'Unternehmen Entebbe' spielen, Feuer gelegt. Dies soll als Warnung verstanden werden von den Filmverleihern und den Kinobesitzern, die an der rassistischen Hetze verdienen wollen, aber auch als Warnung an die Zuschauer. Dieses Mal haben wir durch Art und Umfang unserer Aktion sichergestellt, daß niemandem etwas geschehen kann. Um vermeidbare Risiken für die Zukunft auszuschalten, fordern wir: Sofortige Absetzung des Hetzfilms...! RZ/Kämpfer für ein freies Palästina – 3.1.1977«

Adler bündelten sich viele dieser Vorstellungen.

Nach den Verhaftungen am 18.12.87. von Ingrid Strobl und Ulla Penselin und dem Verschwinden einiger Gesuchten griff eine breite Solidaritätsbewegung die "inkriminierten" Themen wie Gen- und Reproduktionstechnologie, Sextourismus, Flüchtlingspolitik stark auf. Allerdings zeigte sich in dieser Kampagne, wie dünn die politischen Vorstellungen der RZ hier waren. Zudem waren sie – personell geschwächt – auch nicht in der Lage, auf diese breite Solidaritätsbewegung einzugehen.

Die Auflösungs-erklärung der Ruhrgebiets-RZ ist an diesem Punkt völlig widersprüchlich. Sie arbeiten heraus, daß sie bereits "vor dem 18.12." in einer politischen Krise waren: »Zwar hatten wir nicht die Hoffnung, daß sich rasche Verbindungslinien zwischen Flüchtlingen und hiesigen proletarisierten Schichten ergeben würden ... Aber wir phantasierten den Willen der Flüchtlinge, in den Metropolen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und an existenzieller Sicherheit einzuklagen, als direkten antiimperialistischen Kampf, verbunden mit trikontinentaler Widerstandserfahrung – und damit als ein mögliches Terrain unserer eigenen Politik. Als die Kämpfe in dieser Form ausblieben, auf die wir hätten Bezug nehmen wollen (wobei wir die vielen "reformistischen" Forderungen von Asylsuchenden leicht übersahen), kompensierten wir dies mit der Analyse der staatlichen Flüchtlingspolitik und mit Angriffen auf deren zugängliche Agenturen. Wir machten die Sache der Flüchtlinge zu der unsrigen, ohne auf ihre Subjektivität und Erwartungen Rücksicht zu nehmen, ja ohne sie zu kennen. Diese "Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge" ergab sich scheinbar notwendig...«

»In der Fixierung auf unsere Kampfmethoden verzichteten wir darauf, eine theoretische politische Orientierung zu entwickeln ... in der Propagierung unserer eigenen Kampfmittel [steckte] eher ein Aktionsmodell als eine politische Theorie ... herausragendes Merkmal blieb die Symbolik des Bombenanschlags.«

Trotzdem machen sie das Debakel an der angeblichen "Nicht-Reaktion der Szene" fest. Ihre eigenen politischen Vorstellungen gingen nicht über "freies Fluten" raus. Und daraus wäre eine revolutionäre Perspektive nur herstellbar, wenn sie in den Vorstellungen, Ansprüchen und/oder im Verhalten der hier ankommenden Flüchtlinge angelegt wäre. Beides trifft aber nicht zu.

Und ohne angeben zu können, wie sich diese "Einbahnstraße" in Zukunft vermeiden läßt, ja ohne den Versuch dazu zu machen, geben sie wiederum "Flüchtlinge" als zentrale Kategorie aus: »Erst wenn sich erwiesen hat, daß die albanischen Flücht-

linge in Italien 1991 nur die Vorboten einer Unterminierung der Festung Europa gewesen sind, werden auch hier die Verhältnisse wieder zu tanzen beginnen«. Wenn aber die RZ weder Hoffnung auf ein Zusammenkommen mit den ProletarierInnen hier haben, noch im Verhalten der Flüchtlinge selbst revolutionäres festmachen können, bleibt eben nur die sozialarbeiterische Betreuung oder die "Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge". Keinesfalls läßt sich dann in der Überflutung der "Festung Europa" eine revolutionäre Perspektive vorstellen.

Auch heute ist die Flüchtlingsfrage nicht der Ansatz revolutionärer Arbeit. Aber richtig bleibt es, Netzwerke aufzubauen, um Flüchtlinge zu verstecken, Bleiberecht durchzusetzen, Lager zu verhindern....

Absage-Erklärung der Raf

Die Raf bietet in ihrem Papier dem Staat an, ihre Kommandoebene zurückzunehmen, im Gegenzug dazu sollen endlich die Gefangenen rausgelassen werden. Vermischt ist dieser einfache Sachverhalt mit



einer stümperhaften Einschätzung ihrer Geschichte und der allgemeinen politischen Weltlage.

Nachdem fast 20 Jahre lang mit elf Hungerstreiks über öffentlichen Druck die Haftbedingungen der Gefangenen vergeblich angegriffen wurden, ist es legitim, die Freilassung der Gefangenen direkt zu verhandeln. Aber das kann nicht als revolutionäre Politik ausgegeben werden. Die Aktionen der Raf in den letzten Jahren – das Ausschalten einiger Spitzen aus Politik und Wirtschaft – haben Druck gemacht, um Verhandlungen zu ermöglichen. Eine politische Diskussion muß aber trennen: die Freilassung auf der einen Seite, das Aufarbeiten der eigenen Geschichte auf der anderen.

Die Raf ist Anfang der 70er Jahre eine – theoretische und praktische – Orientierung für viele Linke und vor allen Dingen für den bewaffneten Widerstand in der BRD gewesen (RZ und 2. Juni). Seit Mitte der 70er Jahre begaben sie sich mit den Raus-Hol-Aktionen (Stockholm, Ponto, Schleyer) in den abgehobenen Krieg mit dem Staat. Die Linke war gespalten in die "Di-



stanzierer" und die "Sympathisanten" – dazu wurden alle, die Verbesserungen der Haftbedingungen durchzusetzen versuchten.

Alles, was uns die Distanzierer immer vorgeworfen haben, gibt die Raf in ihrer Erklärung nun plötzlich zum Besten: »daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden sind, gar nicht«, »daß [wir] nur Angriffe gegen den Imperialismus im Kopf hatten und nicht gesucht haben nach positiven Zielen und gesellschaftlicher Alternative, die schon heute existieren kann. ... Gezielt tödliche Aktionen von uns gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft können den jetzt notwendigen Prozeß im Moment nicht voranbringen, weil sie die gesamte Situation für alles, was in Anfängen da ist und für alle, die auf der Suche sind, eskalieren.« Das galt auch schon die letzten 20 Jahre. Nur hat es die Raf immer einen Scheiß-Dreck interessiert, welche Reaktionen sie durch ihre Politik ausgelöst hat. Die radikale Linke war über Jahre damit beschäftigt, immer zu verteidigen, daß sämtliche Repressionsmaßnahmen des Staates auch ohne die Politik der Raf entwickelt worden wären, sich nicht speziell gegen bewaffnete Gruppen, sondern gegen sämtlichen Widerstand in der BRD richten.

Ansonsten gibt es in diesem Papier keine neuen Erkenntnisse: Nicht erst seit heute gibt es Kämpfe der sozialen Gefangenen gegen Sonderbehandlung und unmenschliche Haftbedingungen – Aktionen gegen Rassismus – Armut – faschistische Tendenzen usw. usf.

Der Kommentar der ZEIT »Der Brief liest sich in seinem letzten Teil... wie das Parteiprogramm einer sehr linken, aber noch verfassungsmäßigen politischen Partei.. Ist das des Rätsels Lösung: der Wunsch nach Rückkehr in die Legalität und ins politische Wirken?« trifft ins Schwarze.

Emile Marensin schrieb in seinem Text "Stadtguerilla und soziale Revolution" schon 1972: »Daraus erklärt sich, daß heute, in unseren Gesellschaften, wo sich tatsächlich die neuen Probleme stellen, die Leninisten versuchen, sich in den am weitesten zurückgebliebenen Schichten zu verwurzeln, die der Kapitalismus aufs Abstell-

gleis gestellt hat: die Gastarbeiter, die Alten, die Gefangenen, die rassischen oder sexuellen Minderheiten, kurz, alle Bereiche, wo noch die revolutionären Beweggründe der Vergangenheit überleben. Darum gleichen die Leninisten immer mehr Pfaffen oder SozialarbeiterInnen. Sie sind außerhalb des wirklichen Ablaufs, außerhalb des Lebens, außerhalb der wirklichen Bewegung des Kommunismus. Sie suchen im Müllhaufen der Geschichte den Fraß für ihr Überleben.«

3) Mythos 2: Der "Bewaffnete Kampf"

Klassenkämpfe scheren sich nicht um Legalität, wo es nötig ist, wird ein Kapo auch mal verprügelt, eine Maschine sabotiert usw. Auch die Bewegung hat Ende der 60er Jahre laut, massenhaft und öffentlich über revolutionäre Gewalt diskutiert. Raf, 2. Juni und später RZ sahen sich als Teil einer breiten Bewegung an den Unis, in den Schulen, in den Betrieben, bei den Lehrlingen, die aus vielen verschiedenen Gruppen und Organisationen zu Knast und Psychiatrie, zu Häuserkampf, Sanierung, Vietnam etc. bestand – bis hin zu den vielen Miniparteien oder Parteaufbauorganisationen. Die Raf hatte sich aber aus diesem Gewimmel ganz deutlich rausgestellt, sie behauptete, es sei unmöglich, tagsüber "Basisarbeit" zu machen und abends bewaffnete Aktionen – Voraussetzung für den Aufbau der Guerilla sei das Sich-Illegal-Machen. In dieser Vorstellung gibt es dann zwei Sphären: die "gewöhnlichen" Kämpfe und die bewaffnete Speerspitze – die Radikalität der Kämpfe wird oft mit ihrer Militanz verwechselt, international orientiert man sich an Gruppen, die "schon" bewaffnet kämpfen usw.

Auch im Ansatz der RZ war ein ganz ähnlicher Denkfehler: Die hauptsächliche Grenze der Massenbewegungen sahen sie fälschlicherweise in der staatlichen Repression. Diese Blockierung sollten dann kleine bewaffnete Kerne aufbrechen. Aber beide Guerillagruppen gerieten lange bevor diese falsch bestimmte Dialektik zu den Massenkämpfen in die Krise kam, in eine Eskalation hinein, der sie nicht gewachsen waren: bei der RZ endete das 1976 im Desaster von Entebbe, bei der Raf war nach der breiten Verhaftungswelle 1972 im deutschen Herbst 77 schon der zweite Anlauf steckengeblieben. Indem sie sich an der Frage des Rausholens der Gefangenen auf diese Eskalation einließen, trugen die bewaffneten Gruppen dazu bei, daß Militanz als etwas von den Massenkämpfen Abgehobenes gesehen wurde.

Nur mit diesem Getrenntsein von gesellschaftlicher Wirklichkeit und der Abwesenheit breiter politischer Debatten lassen sich die Debakel-Aktionen der letzten

Jahre erklären, mit denen die bewaffneten Gruppen ihr Ende einläuteten: Die Raf verlor schon relativ früh jedwede moralische Skrupel, als sie den GI Pimenthal töteten, weil sie seinen Ausweis brauchten. Im Golfkrieg beschossen sie dann die amerikanische Botschaft in Bonn – und damit gleichzeitig die Friedenswache. Zur gleichen Zeit versuchte eine RZ, die Siegesssäule in Berlin vom Podest zu bomben. Beides hirnrissige Anschläge, die auf der einen Seite das Leben Unbeteiligter gefährdeten und auf der anderen Seite völlig inadäquat blieben als Interventionen gegen den Golfkrieg. Der Berliner Baustadtrat Klein wurde mit einer Briefbombe getötet. Als eine RZ aus dem "Traditionszusammenhang" zu diesen Anschlägen sehr kritisch äußerte, wurde das Papier von denen, die es kritisierte, als patriarchalistisch zurückgewiesen, weil es locker in die Form eines Treffens von drei alten Freunden gekleidet war.

Selbst die Auflösungserklärung der Ruhrgebiets-RZ sitzt dem eigenen Mythos auf, wenn sie die "Nichtreaktion der Szene" auf ihre Enteignung der Zigeunerakten in der Kölner Anlauf- und Beratungsstelle nur damit erklären können, daß ihnen die Szene nicht mehr folgt. Dabei befand sich ein großer Teil der Unterlagen schon längst in den Händen der legalen Gruppen – man kann Akten ja auch einfach klauen. Sie ziehen auch nicht den Schluß, daß eine Aktion, die nicht mit breiten politischen und sozialen Prozessen verbunden ist, beliebig wird, im Gegenteil scheinen sie von einem Automatismus "bewaffnet ist vorne" auszugehen, der auftretende Probleme als "Vermittlungs- und Resonanzprobleme" abtut. Das steht im Gegensatz zum Anspruch, den sie (endlich!) formulieren, auch die "Mittel revolutionärer Politik" neu diskutieren zu wollen.

»Jede Gruppe, die beansprucht, revolutionäre Politik zu machen und sich nicht zu der jeweiligen Klassenzusammensetzung und ihren Kämpfen in Bezug setzt, bleibt zwangsläufig ein Selbstläufer und läuft sich irgendwann zu Tode. Bewaffnete Politik verkommt dann – auch wenn es absurd



klings – zur individuellen Überlebensstrategie.« (Kritik von "ex-RZlerInnen" am Auflösungsrapier)

4) Der gute Mythos: Gegenmacht

Die Raf machte von Anfang an einen (Qualitäts-)Unterschied zwischen bewaffneten Aktionen der Guerilla und anderen politischen Aktivitäten. Daraus begründeten sie ihren Avantgarde-Anspruch.

Die RZ entstehen als Verbindung zweier politischer Linien: einer Spontilinie von Gegenmacht und einer recht traditionellen Vorstellung, die zwar etwas anders formuliert wurde als von der Raf (»Dem Volke dienen«), aber im Grunde auf das gleiche rauslief, selbst die politische Begründung durch die Faschismustheorien Glucksmanns war die gleiche (»Erst bei einer Vervielfachung der Aktionen werden sie ihre erzieherische Wirkung haben«). »Warum wartet ihr auf die Einnahme des Innenministeriums durch faschistische Banden, während das Innenministerium dieses Land einnimmt und besetzt!«. Ihre Vorstellungen von Gegenmacht beschrieben sie in Revolutionären Zorn Nr. 1 (1975) so: »Was wir wollen, ist die Gegenmacht in kleinen Kernen organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, die Teil von der politischen Massenarbeit sind. Widerstand heißt: über jede Form des Reformismus, der Arschkriecherei und des Anbiedereis an dieses System hinauszugehen. Das fängt an, wo man lebt und arbeitet. Am Arbeitsplatz, wo man sich durch Maschinenausfälle gegen die Arbeitshetze wehren kann; geht über kleinere und größere Brände bei Firmen, über Streiks, Fabrikbesetzungen, Demonstrationen, über Angriffe auf die Institutionen der gegen das Volk "Regierenden" und der Unterdrücker, bin hin zu Bestrafungs-, Rache- und Befreiungsaktionen.«

Etwas böswillig dargestellt war Gegenmacht also die naive Vorstellung, daß zur selben Zeit im selben Stadtteil 100 Leute schwarzfahren, 50 Ladendiebstahl machen, 10 Flugblätter verteilen, 2 Rockbands im autonomen Zentrum üben, 50 noch ein Haus besetzen und 7 Arbeiter in einer Fabrik Sabotage begehen, einige Zellen die Fahrkartenautomaten außer Kraft setzen. Aus dieser "Gegenmacht" entsteht revolutionärer Widerstand durch moralische Sauberkeit: kein Arschkriechen, kein Anbiedereis, kein Reformismus. Die Leerstellen in der Analyse und im politischen Vorschlag werden durch moralischen Rigorismus aufgefüllt. Die damaligen Spontiszene übersetzte diese Gegenmachtkonzepte politisch in "Freiräume des Arbeitens und Lebens schaffen" und materiell in den Aufbau von hunderten Alternativbetrieben.

[Wie ja überhaupt das spezielle Aktionsmodell der RZ und ihre verschiedenen politischen Linien den jeweiligen existentiellen Entscheidungen ihrer Militanten breitesten Raum ließ: vom Aufgehen im palästinensischen Widerstand bis zur akademischen Karriere...]

Anfang der 80er Jahre entwickelte sich die diffuse Guerilla in der ursprünglichen Absicht der RZ »Schafft viele Revolutionäre Zellen!«, hunderte von Anschlägen mit den unterschiedlichsten Unterschriften, aber auch neue RZs entstanden. Aber nun zeigte das Modell seine ganzen Schwächen: Es kam zu groben Ungenauigkeiten bei bewaffneten Anschlägen. Es gab seitenlange, ideologietiefende Erklärungen zu Anschlä-

gen, die das System nicht mal am Lack kratzten. Im Gefolge der größten diffusen Guerillabewegung, dem Strommastsägen kam es zu Verhaftungen und regelrechten Aussageexzessen, die meines Wissens bis heute nicht politisch aufgearbeitet wurden. An der Startbahn wurden zwei Bullen auf Geratewohl erschossen.... Im Nachhinein läßt sich feststellen, daß der "bewaffnete Kampf" in der BRD bisher relativ exklusiv geblieben ist – und man muß sagen: zum Glück!



gibt keine Teilbereichsbewegung mehr – außer ihnen selbst, die sich für die Teilbereiche: Antifaschismus, Antipatriarchalismus, Antirassismus usw. usf. (je nach Konjunktur) einen Alleinvertretungsanspruch zubilligen. Was ist denn eine TB? Die Menschen in Wyhl, die gegen den Bau eines AKW gekämpft haben, Brokdorf, Wackersdorf – aber bereits bei diesen Beispielen stimmt es auf der Ebene der Menschen nicht so ganz: die Leute in Wackersdorf haben in der Mobilisierung gegen die WAA alle möglichen Sachen thematisiert; die Kategorie "TB" trifft eigentlich immer nur auf die Politspezies zu, die sich ein ganz bestimmtes Thema vornehmen (oft mit Scheuklappen und oft mit dem

stärker in die Richtung geht, aus den eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen heraus Aktionen zu machen und die Frage nach der Revolution völlig in den Hintergrund zu schieben.

6) Revolution in den Metropolen

Die 70er Jahre waren in breiten Schichten der Gesellschaft gekennzeichnet von der Diskussion über Veränderung. Veränderung in Familienstrukturen, in Arbeitsverhältnissen, Abschaffung des Geldes, des Eigentums, "freie" Gesellschaftsformen, Revolution waren die Themen. Kommunen und Wohngemeinschaften waren das neue Modell des Wohnens, das Mittel, um aus den

5) Mythos 4: Die Teilbereichsbewegung an und für sich

Versuch, theoretisch die Zentralität genau ihres Themas zu beweisen). Aber die ganze Auseinandersetzung darüber findet seit Jahren im luftleeren Raum statt: wo sind denn noch Teilbereichsbewegungen – die letzte, thematisch wirklich eng begrenzte Bewegung war die mittelständische Friedensbewegung gegen die Mittelstreckenraketen. Und auch die autonome Szene ist nicht mehr in Teilbereichen aktiv (wie es etwa in Revolutionärer Zorn Nr. 1 entworfen wird; s.o.), sondern nur noch in Kampagnen (hat also eine Politikform absolut gesetzt, die wir an der Friedensbewegung noch als bürgerlich kritisiert hatten). Teilbereichsbewegungen sind das Kleingeld der autonomen Gegenmacht-Entwürfe, der selektive Zugang zur Welt....

Seit Mitte der 80er Jahre reiben sich die aktuelle Gegenmachtvariante des "antipatriarchalen Kampfs" und ein dünner werdendes Rinnsal der Überbleibsel "sozialrevolutionärer Ansätze" innerhalb der RZ aneinander.... Wobei aber auch "sozialrevolutionär" immer weniger bedeutet, sich auf soziale Prozesse zu beziehen und immer

Kleinfamilien auszubrechen. Man lebte nicht nur zusammen, sondern man kämpfte zusammen, es gab den Ansatz von Abschaffung des Privateigentums, der eigenen Zimmer. In den Betrieben wurde offen über Ausbeutung, die Aneignung der Produktionsmittel und die Abschaffung des Kapitalismus geredet. Wir wollten nicht, wie dann später und noch heute propagiert, Sand im Getriebe sein, sondern dieses Systems stürzen und in anderen Gesellschaftsformen leben. Diese Perspektive fehlt in der heutigen politischen Arbeit vollkommen, "politisch Aktive" weigern sich sogar, darüber zu diskutieren. Aber wenn das Ziel unseres politischen Kampfes nicht Revolution und Befreiung ist, warum machen wir es dann: Freizeitbeschäftigung? aus schlechtem Gewissen?

Im Mai 1968 hauptsächlich durch die Ereignisse in Frankreich stand seit langem mal wieder die Frage nach der Revolution in den Metropolen auf der Tagesordnung. Als die Verhältnisse in Frankreich ins Tanzen gerieten, gab es auch in der BRD eine breite, radikale Bewegung. Zum ersten Mal

seit Jahrzehnten entstand wieder ein Gefühl dafür, daß Revolution auch in den Metropolen möglich ist. Dieser Gedanke war Motor für eine breite Bewegung gegen das kapitalistische System.

Aber in der BRD hatten nur ganz wenige politische Gruppen eine Vorstellung davon, wie aus den breiten Bewegungen die Revolution entstehen könnte. Bald begannen die K-Gruppen, ihre Hoffnungen auf eine "Arbeiterklasse" zu stützen, die so vielleicht vor 100 oder 50 Jahren existiert hatte (wahrscheinlich aber nur in ihren Köpfen). Die anderen stellten ab auf Antimperialismus, "die Städte vom Land her einkreisen", "Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und den jungen Nationalstaaten" usw. Aus dieser Perspektive heraus wurde bis heute eine Politik betrieben, die für Revolution in den Metropolen keinerlei Berechtigung sah. Sie sollte in den Ländern der 3. Welt (der Osten hatte "seine sozialistische Revolution" schon) stattfinden. Für die Metropolen waren unterstützende Aktionen vorgesehen. Das imperialistische System sollte auch hier getroffen werden, aber als Unterstützung für die Befreiungsbewegungen.

Diese Politik ist kläglich gescheitert. Der sozialistische Osten ist an seinen inneren Klassenwidersprüchen zerbrochen, die wenigen noch existierenden kommunistischen Staaten haben mit Auflösungsproblemen zu kämpfen. Die an die Macht gekommenen Befreiungsbewegungen haben die Ausbeutung "ihres" Volkes zum Teil verschärft fortgesetzt wie in Mosambik, zum Teil zerreiben sie sich untereinander wie in Äthiopien, die Sandinistas wurden gar abgewählt... Die Zahl der Befreiungsbewegungen hat sich extrem reduziert. Die "freie Marktwirtschaft" hat sich weltweit durchgesetzt.

Heute drängt sich wieder die Grundfrage aller revolutionären Bewegungen auf: die nach der "Revolution im Westen", der Revolution im Innern der kapitalistischen Metropolen.

Daß so viele Menschen aus der ehemaligen Zweiten und der ehemaligen Dritten Welt hierherzukommen versuchen, unterstreicht gerade nochmal die Zentralität der Frage nach der Revolution hier!

Diese Frage ist aber ganz banal eine Frage nach Mehrheiten: wir können uns eine Revolution im emanzipatorischen Sinn nicht als Sache von Minderheiten vorstellen. Und das heißt wiederum die Frage nach dem (möglichen) Subjektsein der Menschen hier. Im Auflösungspapier der RZ steht: »Die Kämpfe und Aneignungsformen im proletarischen Spektrum, in den Subschichten der jugendlichen ImmigrantInnen, der sozial entrechteten Frauen, der Opfer der Deregulation im Osten, erscheinen uns bisher undurchschaubar, weil wir mit Bildern konfrontiert werden, in denen wir das Wesen der Emanzipation der Klas-

se nicht erkennen, und weil unser analytisches Instrumentarium nicht ausreicht, um hinter den Erscheinungsformen die Bedeutung der Kämpfe zu entziffern. Es bleibt also nichts anderes übrig, als sich dem historischen Prozeß zu stellen, ohne auf die hierarchisch-patriarchalischen, anti-kommunistischen Politikmuster und Organisationsmodelle zurückzugreifen und ohne vorschnell neue Ideologien zu produzieren, die der völlig offenen Situation schon wieder ein Korsett anpassen und vorhandene Widersprüche zugunsten einer monokausalen Weltansicht glätten würden.« Ironischerweise tun sie genau das: die Menschen im Osten erscheinen ihnen nur als "Opfer"! Und in der Aufzählung kommt es auch auf die Auswahl an: die vielen Kämpfe von Lohnabhängigen kommen nicht vor! Sie zeigen also ganz richtig das Unverständnis der Linken gegenüber den aktuellen Umwälzungen auf – tun das aber in Begriffen, wo die Menschen als Subjekte nicht vorkommen.

Aber die Frage danach, wo sie es sind und wie sie es werden können, ist die zentrale Frage auf dem Weg zur Revolution.



Lotta Armata

Stefan Seifert
Edition ID-Archiv

»Es ist nichts da, woran wir anknüpfen, worauf wir uns historisch beziehen, was wir organisatorisch oder im Bewußtsein des Proletariats voraussetzen könnten, nicht einmal demokratische, republikanische Traditionen.« Dieses Zitat der RAF-Gefangenen von 1975 auf der Umschlagseite des Buches hat den Autor offensichtlich beeindruckt. Er versucht daher im vorliegenden Buch ständig zu beweisen, daß die Roten Brigaden traditionsreicher, im Proletariat verankerter, massenhafter, kurz: besser als die RAF waren.

Die Roten Brigaden entstanden an einem Schnittpunkt der Arbeiter- und Studentenbewegung als marxistisch-leninistische Organisation. Der Bruch der BR mit dem klassisch-kommunistischen Positionen zeigte sich z.B. in ihrer Ablehnung des Zwei-Phasen-Modells, wie es in jedem KP-Programm verankert war: zuerst Agitation und Propaganda, dann der bewaffnete Aufstand. Die BR lehnten es auch ab, die Staaten des Realsozialismus als Hinterland für ihren Kampf zu benutzen – eine Position, die wieder Aktualität erlangt hat. Die ersten Jahre verbrachten die BR mit kleineren Sabotageaktionen in Mailänder und Turiner Großbetrieben, der *bewaffneten Propaganda*. Dazu kamen kurzfristige, rein propagandistische Entführungen von Managern und Personalchefs, die bald darauf wieder freigelassen wurden. Die BR erklärten dazu, es bringe nichts, auf exemplarische Aktionen eines "Samurai-Kerns der Arbeiterklasse" zu setzen.

Ab 1974 verschwand der direkte Bezug auf die Fabriken. Stattdessen suchten die BR die direkte Konfrontation mit dem Staatsapparat, indem sie Richter und Staatsanwälte entführten. Sie begründeten dies damit, daß sie nicht auf der Ebene des Fabrikkampfes stehenbleiben dürften, sondern direkt die »Machtfrage« stellen müßten. In Wirklichkeit versuchten sie aber, auf der Ebene der »hohen Politik« mitzumischen. 1976 wird zum ersten Mal ein tödliches Attentat ausgeführt: auf den Genueser Staatsanwalt Coco. Für die BR ist damit die Phase der »bewaffneten Propaganda« beendet, sie wird abgelöst durch den *Angriff auf das Herz des Staates*. Es entsteht eine Eigendynamik zwischen Anschlägen auf Funktionäre von Staat und DC, Verhaftungen und Erschießungen von BR-Aktivistinnen.

Die 77er Bewegung – auf die in einem Exkurs eingegangen wird – verändert die politische Landschaft und führt zu einer höheren Konfliktebene, die aber »nicht Ausdruck gesellschaftlich stabiler Macht

waren, sondern Ergebnis der Entschlossenheit, der Wut und des Hasses ihrer Protagonisten«. Das schnelle Scheitern der Bewegung machte es den BR ziemlich einfach, massenhaft Jugendliche für ihre Organisation zu rekrutieren. Die BR schloß daraus, daß »sich tatsächlich eine Bewegung des bewaffneten Widerstands gebildet hat, die obwohl in tausend verschiedene Rinnsale partieller Widerstandsbewegungen verteilt, aufgrund ihrer Intensität und politischen Reife die Voraussetzungen zum Bürgerkrieg geschaffen hat«. Da dies aber kein spontaner Prozeß sein könne, sei so schnell wie möglich »die proletarische Bewegung des Widerstands im Aufbau der Kämpfenden Partei zu entwickeln und zu einen.« Stefan Seifert meint dazu, die BR »entsprachen weder der Lage und dem Antrieb der bewaffneten Jugendlichen, noch gingen sie auf deren grundsätzliche Kritik an ihrer Kampfform ein«.

Mit der Moro-Entführung wollten die BR »den Angriff auf das Herz des Staates« auf die Spitze treiben, wurden aber stattdessen selbst zum Werkzeug rivalisierender Fraktionen der DC und des Staatsapparats. Anstatt den Historischen Kompromiß zu verhindern, stärkten sie gerade die DC, die es verstand PSI und PCI, die Befürworter bzw. Gegner von Verhandlungen waren, gegeneinander auszuspielen. Die harte Haltung hatte der BR jeglichen Spielraum genommen, so daß ihnen auch bei der Ermordung Moros das Handeln von der Gegenseite diktiert worden war.

An der Oberfläche allerdings schienen die BR ihren größten Erfolg erzielt zu haben: die Organisation stieg weiter an, die Aktionen weiteten sich aus, aber es handelte sich lediglich um ein Strohfeuer. Die Repression des Staates konnte daher in den nachfolgenden Jahren relativ schnell greifen, u.a. mit Hilfe von direkter Folter.

Nun begannen die internen Diskussionen über Militarismus, es wurde kritisiert, daß viele Aktionen zur Selbstlegitimation verkommen seien. Es gab Fraktionierungen, und bald konnte nicht mehr von einer einheitlichen Organisation gesprochen werden. In diese Kerbe hieb das 1980 verabschiedete Kronzeugen-Gesetz, das die Krise der BR voll ausnutzte. Die aktionistische Offensive 1981 versuchte noch einmal, die Krise zu überdecken, doch Ende des Jahres brachen die BR endgültig auseinander.

Der leicht verklärte Blick des Autors auf die »in der Klasse verankerten Roten Brigaden« bestimmt den Grundtenor des Buches. Doch es ist besser, als dieser erste Eindruck vermuten läßt. Es ist die bisher einzige zusammenhängende Darstellung der Geschichte der Roten Brigaden in deutscher Sprache.

Der Verleger

Nanni Balestrini
Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg

»es gibt da die beiden großen Wendepunkte zwei Scheidewege der Tod des Verlegers und später die Entführung Moros der erste schafft ein neues Bewußtsein markiert den Beginn eines neuen Prozesses durch einen Bruch mit revolutionären Traditionen wie der der Partisanen und der alten Arbeiterklasse die nun verbraucht waren während ein anderer verrückter historischer Zyklus beginnt die tiefgreifende Veränderung der Arbeit der Aufbau einer vollständig veränderten persönlichen und kollektiven Subjektivität beginnt es ging also von einer Geschichte zu einer anderen Geschichte von einer Subjektivität zu einer anderen und das Klassenbewußtsein verschwindet und es entsteht die dezentrale Kollektivität zumindest sagten wir das damals so«

»Genau hier erfolgt der Übergang von einer Form des Widerstands gegen die Konterrevolution gegen den Staatsstreich die eine Form ist die den Jugendlichen der Bewegung nicht mehr reicht geht man dazu über die Gesellschaft radikal und gewalttätig verändern zu wollen also die Revolution zu machen all das bricht nach dem Tod des Verlegers unter dem Strommast dramatisch hervor nicht nur als Theorie und Projekt sondern als alltägliche Praxis diese Komplexität bricht hervor und es verbreitet sich dieses Gemisch dieser explosive Molotowcocktail aus Erfahrungen die alle auf eine revolutionäre Veränderung zielen«

»die Autonomia entsteht vor diesem Hintergrund sie entsteht indem sie sagt der Antifaschismus ist nicht das Problem den Antifaschismus setzen wir voraus das wahre Problem ist in dieser zweiten Phase die Konfrontation innerhalb der Linken nach dieser Wende die nach dem Tod des Verlegers eintritt überall beginnt sich die Revolution zu dezentralisieren es gilt in Beziehung zur eigenen kollektiven Zugehörigkeit etwas zu riskieren es beginnt damit daß alle Widersprüche der Widerstand die Revolten dort wo sie entstehen angeregt und unterstützt werden und damals hörte niemand auf die BR die das alte Revolutionsmodell des monolithischen politischen Zentralismus verfolgten und keine Beziehung zu dem Widerstand zu dem Durcheinander hatten das dabei war sich zu entfalten«

Eine andere Art der Rekonstruktion von Geschichte ist der neue Roman von Balestrini »Der Verleger«. Anhand der Person von Giangiacomo Feltrinelli wird die De-

batte zu Beginn der Siebziger Jahre dargestellt. Der Tod Feltrinellis beim Versuch, einen Strommast in der Peripherie Mailands in die Luft zu sprengen, macht die Widersprüche in der Linken offensichtlich: auf der einen Seite, diejenigen, die sofort die Mordthese aufstellen, um in ihrem Weltbild die "reine Weste" der Bewegung aufrechtzuerhalten und die Gewalt dem Staatsapparat zurechnen; auf der anderen Seite die Bewegung, die längst die Legitimität der revolutionären Gewalt vertritt. Doch auch in diesem Lager bestehen heftige Widersprüche.

Feltrinelli steht für den Schnittpunkt zwischen der alten Geschichte der »verratenen« Resistenza, dem beginnenden bewaffneten Kampf und der autonomen Bewegung der ArbeiterInnen und Jugendlichen darstellen. Er selbst versucht das Partisanenkonzept, leicht »aktualisiert« durch die Erfahrungen der lateinamerikanischen Guerilla, in die Siebziger Jahre hinüberzuretten, wo doch die damals aktuellen Kämpfe diese Geschichte bereits hinter sich gelassen hatten. Es wird klar, wie sehr sein Kampf gegen die staatliche Strategie der Spannung zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie wird, während sowohl die ArbeiterInnenkämpfe als auch die Jugendbewegung diesen alten Antifaschismus der Resistenza überwinden und die soziale Revolution auf die Tagesordnung gesetzt hatten. Die Widersprüchlichkeit der Person Feltrinellis, ein Großbürger, der Revolution spielt – wie die verschiedenen Nachrufe der italienischen Presse hämisch anmerkten – steht hier für die Widersprüchlichkeit der revolutionären Bewegung selbst.



Zu diesen Büchern empfehlen wir noch:

Rote Brigaden: Fabrikguerilla
erhältlich bei Sisina Berlin

Die BR-Kolonie Walter Alasia erzählt ihre Geschichte ihrer Reorganisation 1980-81. Dazu die Kritik des historischen Kerns der BR am "bewaffneten Reformismus".